

Joachim Klein



Amtsgericht Lingen (Ems)
Postfach 1240
49782 Lingen (Ems)

13.05.2017

Mein Zeichen: Holocaust
Ihr Zeichen: NZS 7 Cs (530 Js 20488/17) 217/17
Ihr Schreiben vom 09.05.2017
Ablehnung ihrer Verträge

Sehr geehrte/er Frau/Herr Fischer,

ihr Schreiben vom 09.05.2017 habe ich am 10.05.2017 erhalten und zur Kenntnis genommen. Bedauerlicher Weise kann ich sie ja noch nicht einmal korrekt mit Namen anschreiben, da sie diesen nicht im Schreiben (Briefkopf) vermerkt haben. Auch bei den Unterschriften fehlen Vor- und Familiennamen. Selbst der Strafbefehl wurde nicht formgerecht mit Vor- und Zunamen der/des RichterIn/Richters unterzeichnet.

Außerdem gibt es auch noch unter den „Weiteren Angaben“ einen Fehler. Ich besitze keine Staatsangehörigkeit „deutsch“. Seit dem 23.02.2017 habe ich die Staatszugehörigkeit „Königreich Deutschland“ (Anlage 1). Der Empfehlung der Stadt Lingen vom 02.11.2015 (Anlage 2) einen neuen Personalausweis zu beantragen bin ich auf Grund der fehlenden Rechtssicherheit nicht gefolgt. Daher endete der Vertrag mit der BR-Deutschland mit Ablauf des Personalausweises zum 14.02.2016. (Anlage 3)

Meine Beschwerde beim EuGH (Anlage 4) wurde mit der Begründung, dass ich keine natürliche Person bin, abgelehnt. Daraufhin habe ich versucht herauszufinden, warum ich keine natürliche Person bin. Allerdings verweigern mir die BRD-Behörden (Ämter, Gerichte, Justizministerium, Regierung etc.) jegliche Auskunft darüber. Solange man der „staatlichen(?)“ Amtspflicht, mich vernünftig und wahrheitsgetreu zu informieren (aufzuklären), nicht nachkommt, werde ich von meinen Menschen- oder auch Naturrechten gebrauch machen. Diese Rechte sind weder veräußerlich, noch verhandelbar und stehen über dem Grundgesetz (GG).

Denn selbst das GG findet seit Ende 1990 (mit meinen ganzen Klagen ab 2005 beweisbar) scheinbar keine Anwendung mehr. Auch die Frage, ob das GG noch seine Gültigkeit hat, wurde mir vom BRD-System nicht beantwortet.

Wenn man im Internet selbst recherchiert, kommt man zu folgendem Ergebnis:

Die BRD und DDR wurden Ende 1990 bei der UNO aufgelöst. Dafür wurde ein vereinigtes Deutschland in den Grenzen der DDR und BRD als souveräner Staat dort eingetragen. Also eine BRD existiert seit diesem Tag genauso wenig, wie die DDR in der Funktion eines Staates.

Die BRD gibt es allerdings weiterhin als Verwaltung für die Alliierten (USA-Elite) und wurde vom Staat (Besatzungsverwalter des Deutschen Reiches mit Befugnissen eines Staates) zu einer Firma umgeschrieben. Diese Firma hat illegal die Regierung (NGO) des Deutschen Volkes übernommen (kalter oder auch stiller Putsch genannt). Es gab keine Wiedervereinigung mit der DDR, wie uns Bürgern über die Propagandamedien weisgemacht wurde. Tatsächlich wurde die DDR nur von der BRD annektiert, indem lediglich der Geltungsbereich der BRD auf das Gebiet der DDR erweitert wurde. Auf diese Weise (Täuschung) sind wir weiterhin ein besetztes Land geblieben. Laut GG hätte das freie deutsche Volk 1991 eine neue Verfassung bekommen müssen. Das wurde dem Volk aber verheimlicht. Außerdem hat man sich dann daran gemacht, alles „Staatliche“ zu privatisieren. Und so wurden die Behörden zu Firmen (Arbeitsamt zur Arbeitsagentur, LVA zur RV usw.). Selbst die Städte und Gemeinden sind so zu Handelsware geworden (Anlage 5). Das war im Jahre 2006 oder 2007. Und nach gültigem Recht verjähren nach 10 Jahren die Rechtsansprüche. Und da wir Bürger alle schön dumm gehalten wurden, hat niemand diesen „Staatsstreich“ bzw. diese Kriegslist (nach HLKO, die heute noch in Kraft ist, erlaubt) durchschaut. Damit dürften und könnten dann in diesem Jahr die Grund und Bodenansprüche neu vergeben werden. Und raten sie mal, wer sich die aneignen wird! Die BRD natürlich und vielleicht auch die ganzen „Flüchtlinge“. Und so fällt der deutsche Grund und Boden des „Deutschen Volkes“ dem Wirtschaftssystem BRD (bzw. das gesamte Wirtschaftsgebiet der EU, nach UCC-Recht) zum Opfer. Und ohne Bodenrechte kann es keinen deutschen Staat mehr geben. Damit hat die „jüdische Finanzelite“ nicht nur die USA (wie Hitler bereits vor Kriegsausbruch feststellte und davor warnte), sondern auch das „Deutsche Reich“ und ganz Europa unter ihre Kontrolle gebracht.

Hierzu sollten sie sich unbedingt einmal mit den Bereinigungsgesetzen auseinandersetzen. Dazu werde ich noch Seiten auf meiner Homepage joachim-klein.npage.de veröffentlichen. Wenn sie das gemacht haben, können sie mein Handeln erst verstehen. Daher lege ich es ihnen wirklich ans Herz, sich mit diesem sehr wichtigen Thema einmal zu beschäftigen und auch ihre Kollegen darüber zu informieren. Vielleicht verstehen sie dann die ganzen „Wirren“ (=Ablenkungen) in Deutschland.

Da ich meine Menschenrechte wahren möchte, und im BRD-System nur Handelsrecht Anwendung finden kann, weigere ich mich ihre „Verträge“ anzunehmen.

Hiermit erkläre ich, mit meinem von Gott gegeben freien Willen, dass ich ein lebendiger Mensch bin. Damit stehen mir seit Geburt die Natur- und Menschenrechte zu. Diese sind weder veräußerlich noch verhandelbar. Als Souverän bin ich mir meines Handelns bewusst und weiß, dass meine Rechte dort enden, wo die Rechte des anderen beginnen. Allen Menschen schenke ich den nötigen Respekt. Auch allen anderen Gottesgeschöpfen schenke ich diesen Respekt.

Sollte ich mich den Mitmenschen auf Facebook nicht dementsprechend verhalten haben, so werde ich mich dafür natürlich entschuldigen. Aber ich bin mir keiner Schuld bewusst. Zu dem, was ich gesagt bzw. geschrieben habe, stehe ich. Als freier Mensch habe ich das Recht auf eine freie Meinungsbildung und auch auf eine freie Meinungsäußerung. Von diesem Recht habe ich lediglich Gebrauch gemacht.

Für eine freie Meinungsbildung müssen alle Meinungen, auch wenn sie noch so abstruse sind, zugelassen werden. Wenn sie denn wirklich so abstruse sind, werden diese Meinungen auch nicht angenommen. Aber eine Meinung, aus was für Gründen auch immer, erst von vornherein zu verbieten, ist laut GG nicht zulässig.

Die einseitige Darstellung der Weltkriege aus meiner Schulzeit (Sicht der Sieger), und der verpasste Maulkorb durch § 130 Strafgesetzbuch lassen keine freie Meinungsbildung zu und sind daher verfassungswidrig.

Auch der Film Hellstorm (<https://www.youtube.com/watch?v=Mdfmq1VUtDw>) sollte in den Schulen gezeigt werden, wenn die Juden verlangen können, dass alle Schüler die Konzentrationslager besuchen müssen. Dort wird einem klar aufgeführt, dass es auf allen Seiten im Krieg die übelsten Grausamkeiten gab. Aber nur die Meinung der Sieger zum Holocaust zuzulassen, war alles andere als fair. Zumal noch nicht einmal der Holocaust bewiesen werden musste, sondern einfach als offenkundig erklärt wurde. Alle Beweise, die den Holocaust in Frage stellten, wurden beschlagnahmt. Alle die von der „angeblichen“ Judenverfolgung nichts mitbekommen haben (wollen), obwohl sie selbst am Ort des angeblichen Geschehens waren, wurden diffamiert und dann als Holocaustleugner für Jahre weggesperrt. Geschichtslehrer, die die Geschichte aus ihrer (deutschen) Sicht lehren wollten, wurden von den Schulen entfernt. Nur die Sicht der Sieger durfte gelehrt werden. Auf diese Weise wurde uns Deutschen eine tiefe Schuld eingeredet.

Diese indoktrinierte Schuld für den Weltkrieg sitzt so tief, dass das deutsche Volk seit über 70 Jahren für etwas blutet, was überhaupt nicht zutrifft. Was damals war, ist zwar nicht vergessen, aber Hass und Wut sollten nun endlich vorbei sein. Trotzdem soll die Welt auch „die“ Wahrheit erfahren. Nicht „nur“ die Deutschen sind die Kriegsverbrecher gewesen. Die haben sich sogar noch strikt an die Genfer Konventionen gehalten, im Gegensatz zu den Amerikanern. Aber so konnten die Siegermächte die Deutschen gut stigmatisieren.

Das alles muss jetzt ein Ende finden. Wir sollten aus dieser Zeit gelernt haben. Allerdings sind immer noch die gleichen Mächte am Arbeiten. Wir befinden uns wieder in einer ähnlichen Situation. Meine Intention diesen Post auf facebook zu schreiben, war aufzuklären und Parallelen aufzuzeigen. Es ist egal, was jemand schreibt. Man wird gleich als Gutmensch, Linker, Rechter, Verschwörungstheoretiker usw. abgestempelt. Wir haben es verlernt andere Meinungen zuzulassen. Und noch schlimmer ist es, dass die wenigsten Menschen heute noch in der Lage sind, sich selbst überhaupt eine eigene Meinung bilden zu können (Dank des Bildungssystems). Außerdem sind die Menschen so vereinnahmt dem Geld hinterher rennen zu müssen, dass sie keine Zeit mehr haben, über irgendetwas nachzudenken. Und da kommt es den meisten ganz Recht, dass in den Medien schon eine Meinung vorgegeben wird. Nur diese Meinung (Mainstream von den Medien vorgegeben) wird dann zugelassen und von den meisten akzeptiert. Alles was von dieser Meinung abweicht, wird gleich „totgemacht“. Man bringt bewusst die Leute gegeneinander auf. Das Ziel ist wieder Chaos in Europa zu schaffen. Die (jüdische) Finanzelite würde am liebsten wieder einen Weltkrieg heraufbeschwören. Aber auch ein Bürgerkrieg wäre ihnen recht. Und wenn die Menschen weiter den gleichgeschalteten Propaganda-Medien (auch in jüdischer Hand) folgen, könnte es ihnen auch gelingen. Wie leicht die Menschen zu beeinflussen sind, können wir doch gut sehen. Alle wichtigen Entscheidungen in der Politik werden dann gemacht, wenn die Menschen durch z.B. Weltmeisterschaft, Europameisterschaft usw. abgelenkt sind. Wir sind in diesem System gefangen und alles andere als frei. Trotzdem glauben alle frei zu sein. Und diese Menschen „aufzuwecken“ ist sehr schwer, denn ich bzw. man kann niemand anderen als sich selbst überzeugen. D.h. jeder muss sich selbst überzeugen. Doch dazu muss auch jeder bereit sein, selbst aktiv zu werden. Und genau hier liegt der Hund begraben. Denn dafür ist bzw. will man keine Zeit nehmen.

Fazit:

Eine korrekte Klärung und gesetzliche Rechtsprechung kann nur noch über eine Eidesstattliche Versicherung der gesetzlich richterlichen Unabhängigkeit gemäß Art. 97, und analog 101,103 GG erfolgen. Diese Eidesstattliche Versicherung (Anlage 6) ist mir vom gesetzlichen Richter unterschrieben zurückzusenden, was hiermit ausdrücklich beantragt und eingefordert wird.

Außerdem weise ich jetzt schon jegliche mir aufoktroyierten Kosten als rechts- sitten- und verfassungswidrig zurück. Staatliche Gerichte, die von sich aus aktiv werden, dürfen keine Kosten für den Rechtsschutz der Bürger erheben. Im Falle, dass ich die Gerichte von mir aus aktiv werden ließe, könnten, wenn ich nicht schon meine Mittellosigkeit durch den Antrag auf Beratungshilfe vom 21.04.2017 nachgewiesen hätte, eventuell Kosten entstehen. In diesem Fall war ich aber eindeutig nicht der Initiator, dem man jetzt diese Kosten aufbürden kann.

Dazu wenden sie sich bitte an denjenigen, der mich zur Anzeige gebracht hat.

Mit freundlichen Grüßen



| | |
|----------|---|
| Anlage 1 | Staatszugehörigkeit „Königreich Deutschland“; 2 Seiten |
| Anlage 2 | Empfehlung den Personalausweis zu beantragen; 1 Seite |
| Anlage 3 | Kopie des alten abgelaufenen Personalausweises; 1 Seite |
| Anlage 4 | EuGH; 12 Seiten; Offene Brief an BVerfG + Fragenkatalog; 7 Seiten |
| Anlage 5 | BRD-Organ sind Firmen (Handelspartner der USA nach UCC); 2 Seiten |
| Anlage 6 | Eidesstattliche Erklärung; 2 Seite |